

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

134 (11.11.1947)

Druck u. Verlag: Badendruck, GmbH, Karlsruhe, Lamstr. 1b-5. Telefon 461/83. Ausgaben für Karlsruhe, Khe.-Land, Pfalzheim (Ebersteinstr. 10) und für Bruchsal, Friedrichstr., Kaufh. Schardt.



WELTWEITENACHRICHTEN

Beitrag Deutschlands zum Wiederaufbau nötiger als der jedes anderen Landes

Washington, 10. Nov. (Dena-OANS) Deutschlands Beitrag ist notwendiger als der jedes anderen Landes für den europäischen Wiederaufbau. Die Vereinigten Staaten haben eine direkte Verantwortung für die Verwaltung des Landes. Eine sofortige Erhöhung der deutschen Lebensmittellieferungen und des Bekleidungskontingents ist dringend notwendig, ebenso die baldmögliche Einsetzung einer auf breiter Basis gebildeten und in bescheidenem Maß zentralisierten deutschen Regierung. Schaffung eines einheitlichen Währungs- und Preissystems und der Wiederaufbau der deutschen Bergwerke, der Fabriken und des Transportsystems ist eine Notwendigkeit. So heißt es in einem Bericht des von Handelsminister Averell W. Harriman geleiteten Bürgerausschusses für den Marshallplan vom 8. d. Mts. an Präsident Truman.

Die Vereinigten Staaten sollten für den Wiederaufbau Westeuropas mit derselben Kühnheit, Entschlossenheit und demselben Vertrauen in den Wert der demokratischen Sache ein gesundes Programm aufstellen und annehmen, die von den USA geleistete Arbeit im zweiten Weltkrieg charakterisieren.

Der Ausschuss legt Präsident Truman seinen Bericht nach einem längeren Studium der Art und des Umfangs der für die Durchführung des europäischen Wiederaufbauprogramms verfügbaren amerikanischen Hilfsposten und des Ausmaßes vor, zu dem die USA ohne ernsthafte Schädigung ihrer eigenen Wirtschaft Europa unterstützen können.

Der Bürgerausschuss kommt zu folgenden 5 grundsätzlichen Schlussfolgerungen: 1. Die Hoffnung Westeuropas hängt in erster Linie von seiner Industrie und der positiven Einstellung seiner Bevölkerung ab. 2. Die Vereinigten Staaten haben ein menschliches, wirtschaftliches, strategisches und politisches Interesse, den am Marshallplan teilnehmenden Ländern bei ihrem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu helfen. 3. Die Unterstützung, die die USA geben, wird den Vereinigten Staaten bestimmte Opfer auferlegen. 4. Das Defizit der westeuropäischen Länder wird im Jahre 1948 annähernd 7 Milliarden Dollar betragen. Die Kosten der Durchführung des gesamten europäischen Hilfsprogramms über einen Zeitraum von vier Jahren werden von dem Ausschuss auf 12 bis 17 Milliarden Dollar geschätzt. Die Beteiligung der USA an dem europäischen Wiederaufbauprogramm würde in den USA eine Finanzpolitik zur Bekämpfung der Inflation und die Schaffung einer besonderen Form der Wirtschaftspolitik erfordern. Die individuellen Probleme Großbritanniens und Deutschlands wurden in dem Bericht als die zwei wichtigsten dargestellt. Ein zahlungsfähiges Großbritannien sei für die Vereinigten Staaten wichtig, da alle Hoffnungen zur Wiederherstellung eines freien Welthandels von der Schaffung eines Ausgleiches zwischen den Ländern mit Dollar- und Sterlingwährungen abhängen. Wenn Großbritannien seinen Verbleibenden Kohlenexport (30 Millionen t) wieder aufnehmen könne, werde das gesamte Bild Europas geändert.

Der Ausschuss weist den Vorschlag der Pariser Konferenz zurück, wonach die

europäischen Marshall-Länder einen durch die USA finanzierten Dollarfonds schaffen sollen, um ihre Währungen untereinander konvertierbar zu machen. Diese Aufgabe, so heißt es, sollte von dem internationalen Währungsfonds übernommen werden.

Von dem für vier Jahre berechneten Gesamtaufwendungen der USA in Höhe von 12-17 Milliarden Dollar soll den Teilnehmerstaaten der Pariser Konferenz im ersten Jahre eine Summe von insgesamt 570 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden, der größere Teil davon, nämlich 350 Millionen Dollar, nicht als Anleihe, sondern ohne Rückzahlungspflicht, da nur geringe Aussicht darauf bestehe, daß Europa in der Lage sein werde, den Betrag zurückzuerstatten.

Der Bürgerausschuss ist weiter der Ansicht, daß der Pariser Bericht die europäischen Exportmöglichkeiten weitgehend überschätzt hat, insbesondere auf dem Gebiete der Stahlwaren und der Textilien. Die Exporte für die westliche Hemisphäre werden daher um eine Milliarde 700 Dollar, etwa ein Sechstel der von Paris genannten Ziffer, niedriger eingeschätzt. Gleichzeitige wird darauf hingewiesen, daß es unklar ist, von den europäischen Regierungen wäre zu hohe Exporte auf Kosten der einheimischen Verbraucher aufrechtzuerhalten.

Unter Hinweis auf eine mögliche Gefährdung der notleidenden europäischen Länder durch den Kommunismus heißt es: „Der Kommunismus gewinnt durch Unterlassungsünden in einem Ausmaß, in dem Elend und Chaos groß geworden sind. Deshalb muß jedes Programm für einen Wiederaufbau der Demokratie in Westeuropa nicht nur die aus den Kriegsverstärkungen resultierenden vielfältigen Wirtschaftsprobleme, sondern auch die bewußte Sabotage durch die Kommunisten bewältigen, die in der Fortdauer von Elend und Chaos die größte Chance auf ihren schließlichen Sieg sehen.“

„Der rasche Wiederaufbau des bizonalen Gebietes und insbesondere der Ruhr ist von bleibender Wichtigkeit für die Wiedergesundung Europas.“

Der Ausschuss bezeichnet seine Schätzungen über die amerikanischen Beiträge für eine Wiedergesundung Europas als nur wenig über dem liegend, was die Vereinigten Staaten bereits jetzt für Zwecke der Auslandshilfe aufbringen. Er verwirft den Kongreß, der Abzüge vorzunehmen, die die USA zu einer Verschwendung geben, als die Investitionen zu niedrig zu bemessen.

Präsident Truman, der den Bericht des Bürgerausschusses voraussichtlich als endgültige Formulierung des Marshall-Planes der Sondersitzung des Kongresses vorlegen wird, erklärte: „Der Ausschuss hat seine Aufgabe erfüllt, ohne Partei zu nehmen und mit keinem anderen Ziel, als dem Interesse seines Landes zu dienen, bei der Wahrung des Friedens zu helfen.“

Wie Dena-Reuter aus London meldet, begründete die am Marshall-Plan beteiligten westeuropäischen Länder den Bericht des Harriman-Ausschusses an Präsident Truman, brachten jedoch meist die Enttäuschung über die Einschränkungen der europäischen Mindestforderungen zum Ausdruck.

Gegensatz der Alliierten fördert deutschen Nationalismus

London, 10. Nov. (Dena-Reuter) Das „Internationale Komitee zum Studium europäischer Fragen“ behauptet in einem an alle Ministerpräsidenten und Außenminister ehemaliger alliierter Länder übermittelten Bericht, sowohl die Sowjetunion als auch die Anglo-Amerikaner lieferten durch ihren Gegensatz die Grundlagen zum Wiederaufbau eines deutschen Nationalismus.

Von dem für vier Jahre berechneten Gesamtaufwendungen der USA in Höhe von 12-17 Milliarden Dollar soll den Teilnehmerstaaten der Pariser Konferenz im ersten Jahre eine Summe von insgesamt 570 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden, der größere Teil davon, nämlich 350 Millionen Dollar, nicht als Anleihe, sondern ohne Rückzahlungspflicht, da nur geringe Aussicht darauf bestehe, daß Europa in der Lage sein werde, den Betrag zurückzuerstatten.

Der Bürgerausschuss ist weiter der Ansicht, daß der Pariser Bericht die europäischen Exportmöglichkeiten weitgehend überschätzt hat, insbesondere auf dem Gebiete der Stahlwaren und der Textilien. Die Exporte für die westliche Hemisphäre werden daher um eine Milliarde 700 Dollar, etwa ein Sechstel der von Paris genannten Ziffer, niedriger eingeschätzt. Gleichzeitige wird darauf hingewiesen, daß es unklar ist, von den europäischen Regierungen wäre zu hohe Exporte auf Kosten der einheimischen Verbraucher aufrechtzuerhalten.

Unter Hinweis auf eine mögliche Gefährdung der notleidenden europäischen Länder durch den Kommunismus heißt es: „Der Kommunismus gewinnt durch Unterlassungsünden in einem Ausmaß, in dem Elend und Chaos groß geworden sind. Deshalb muß jedes Programm für einen Wiederaufbau der Demokratie in Westeuropa nicht nur die aus den Kriegsverstärkungen resultierenden vielfältigen Wirtschaftsprobleme, sondern auch die bewußte Sabotage durch die Kommunisten bewältigen, die in der Fortdauer von Elend und Chaos die größte Chance auf ihren schließlichen Sieg sehen.“

„Der rasche Wiederaufbau des bizonalen Gebietes und insbesondere der Ruhr ist von bleibender Wichtigkeit für die Wiedergesundung Europas.“

Der Ausschuss bezeichnet seine Schätzungen über die amerikanischen Beiträge für eine Wiedergesundung Europas als nur wenig über dem liegend, was die Vereinigten Staaten bereits jetzt für Zwecke der Auslandshilfe aufbringen. Er verwirft den Kongreß, der Abzüge vorzunehmen, die die USA zu einer Verschwendung geben, als die Investitionen zu niedrig zu bemessen.

Präsident Truman, der den Bericht des Bürgerausschusses voraussichtlich als endgültige Formulierung des Marshall-Planes der Sondersitzung des Kongresses vorlegen wird, erklärte: „Der Ausschuss hat seine Aufgabe erfüllt, ohne Partei zu nehmen und mit keinem anderen Ziel, als dem Interesse seines Landes zu dienen, bei der Wahrung des Friedens zu helfen.“

Wie Dena-Reuter aus London meldet, begründete die am Marshall-Plan beteiligten westeuropäischen Länder den Bericht des Harriman-Ausschusses an Präsident Truman, brachten jedoch meist die Enttäuschung über die Einschränkungen der europäischen Mindestforderungen zum Ausdruck.

General L. D. Clay wünscht offene Berichterstattung

Berlin, 10. Nov. (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General L. D. Clay, wies am 6. d. Mts. anlässlich der Eröffnung einer zweiseitigen Konferenz der Presseoffiziere der amerikanischen Militärregierung für Deutschland nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die „offene Politik“, die die Militärregierung in der Veröffentlichung von Nachrichten über die Tätigkeit der Militärregierung verfolgt, fortgesetzt werde.

Die Presseoffiziere, so betonte der General, hätten die unbedingte Pflicht, für eine Unterrichtung der Öffentlichkeit zu sorgen. Dabei sollten auch Fehler der Militärregierung nicht verheimlicht werden, denn Pressekritik würde zu einer erfolgreicherer Tätigkeit der Militärregierung beitragen.

Die Presseoffiziere, so betonte der General, hätten die unbedingte Pflicht, für eine Unterrichtung der Öffentlichkeit zu sorgen. Dabei sollten auch Fehler der Militärregierung nicht verheimlicht werden, denn Pressekritik würde zu einer erfolgreicherer Tätigkeit der Militärregierung beitragen.

Ergebnis der Londoner Vorbesprechung: bisher keine Einigung erzielt

London, 10. Nov. (Dena-Reuter) Soll das Ergebnis einer deutschen Zentralregierung als wesentliche Voraussetzung für die Einberufung einer deutschen Friedenskonferenz erachtet werden? Dieser wesentlichste Punkt auf der Tagesordnung der Samstagssitzung der Stellvertreter blieb auch auf dieser Sitzung ungelöst. Es herrscht über diese Frage noch ebenso große Meinungsverschiedenheit wie in Moskau.

Die Sowjetunion besteht darauf, daß den Vertretern einer deutschen Zentralregierung das Recht gegeben werden soll, ihre Ansicht vorzutragen. Demnach könnte überhaupt keine Friedenskonferenz stattfinden, bevor eine deutsche Zentralregierung besteht.

Die Westmächte, von denen jede ihre eigene Anschauung über das Verfahren beim Entwurf des deutschen Friedensvertrages hat, lehnen es einstimmig ab, sich daran zu binden, daß noch vor der Friedenskonferenz eine deutsche Zentralregierung eingesetzt werden muß. Die Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt entspringen den voneinander abweichenden Auslegungen des Potsdamer Abkommens.

Die Schwierigkeiten bei der Festlegung der Zusammensetzung der Friedenskonferenz konnten ebenfalls nicht gelöst werden. Nach amerikanischer Ansicht soll die Friedenskonferenz soweit wie möglich sein und alle 35 Nationen umfassen, die Deutschland den Krieg erklärten.

Die Sowjetunion besteht jedoch darauf, daß nur die fünf Großmächte und 18 Staaten, die entweder Deutschlands Nachbarn sind oder aktiv am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, zur Friedenskonferenz eingeladen werden.

Bei den Fragen, ob Albanien auf die Liste der Staaten gesetzt werden soll, die den Stellvertretern im vergangenen Januar und Februar ausgearbeitet und den Außenministern in Moskau vorgelegt wurden, wurde am Samstag klar, daß die vier Mächte ihre voneinander abweichenden Standpunkte seit der Moskauer Konferenz noch nicht geändert haben. Die in diesem Zusammenhang geltend gemachten Argumente der Delegierten waren im wesentlichen mit den in Moskau vorgebrachten identisch.

Im Telegrammstil

Washington. Eine neue amerikanische Hilfsorganisation, die die Ziele aller größeren Hilfsvereinigungen der USA für überseeische Länder zusammenfasst, ist hier gegründet worden. (Dena-OANS)

Kopenhagen. Die Koalitionsverhandlungen über die Bildung einer aus den vier größten Parteien des Landes bestehenden Regierung, die der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident, Wemmel Buhl seit dem 6. d. Mts. führt, endeten am 7. d. Mts. erfolglos. (Dena-Reuter)

Tehran. Der Schah von Persien Monasad Reza Pahlvi unterzeichnete hier am Mittwoch das am 22. Oktober vom persischen Parlament verabschiedete Gesetz, wonach das persische Abkommen mit der Sowjetunion gültig und nichtig erklärt wird. (Dena-Reuter)

Bangkok. Von Marschall Pibul Songram geleitete Einheiten der siamesischen Armee haben in den letzten Morgenstunden des 3. November durch einen Staatsstreich die Regierungskontrolle in Siam übernommen. (Dena-Reuter)

München. Die Melbörnergruppe der WAV bereitet, wie der bayerische Landtagsabgeordnete Josef Kleinsinger am 5. d. Mts. bekanntgab, zur Zeit die Gründung einer neuen Partei vor. Sie habe mit der amerikanischen Militärregierung über die Lizenzierung bereits verhandelt. (Dena)

Frankfurt. Die ersten fünf deutschen Geschichtsleute, denen die Austreibung nach den USA erlaubt wurde, starteten am 7. d. Mts. vom Rhein-Main-Flughafen aus nach den USA. (Dena)

Frankfurt. Zum Jahrestag des Waffenstillstandes nach dem ersten Weltkrieg erließen General Lucius D. Clay und General Clarence B. Hinton eine Tagesbefehle, in denen sie die friedliche Aufgabe der amerikanischen Truppen hervorheben. (Dena)

Sarabücken. Der sarabückische Landtag nahm am 5. d. Mts. mit 20 Stimmen der Christlichen Volkspartei, 17 Stimmen der Sozialdemokraten und 3 Stimmen der Demokraten gegen eine Stimme der KPD die sarabückische Verfassung des zweiten KPD-Abgeordnete war zur Abstimmung erst erschienen. (Dena)

Bad Nauheim. Die australische Labour-Party eritt laut BBC am Samstag bei den Parlamentswahlen im Staate Victoria eine schwere Niederlage. (Dena)

Wiesbaden. Bis zu 10 Millionen Mark an chemischen Kriegsgesfangenen in amerikanischem Gewahrsam innerhalb der US-Zone ausgezahlt. Die Finanzminister der amerikanischen Militärregierung für Hessen jetzt mit. (Dena)

Düsseldorf. Im Zuge der Besprechungen zwischen deutschen und britischen und amerikanischen Fachleuten über die

Marshall für Übergangshilfe

Washington, 10. Nov. (Dena-Reuter) Außenminister Acheson hat am Montag den amerikanischen Kongreß um die Gewährung einer Übergangshilfe in Höhe von 597 Mill. Dollar für Italien, Frankreich und Österreich ersucht, um die Zeit bis 31. März 1948 zu überbrücken.

Die von Marshall dem Kongreß vorgeschlagenen Angaben über die Übergangshilfe stellen eine Reduzierung der ursprünglich von Truman bekanntgegebenen Summe dar. Der Präsident hatte die für die drei Länder erforderliche Summe mit 642 Mill. Dollar angegeben. Marshall bezifferte die Summe für das langfristige Wiederaufbauprogramm Europas, das am 1. April beginnen soll, mit 16 bis 20 Milliarden Dollar.

Drei der Hauptalliierten, die an dem Krieg in Europa teilnahmen, bemüht sich jetzt um die Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft. Nur die Sowjetunion arbeitet nicht auf dieses Ziel hin. Er betonte, daß die Interessen der Vereinigten Staaten mit denen eines freien und wohlhabenden Europas parallel liegen.

Er betonte, daß die Übergangshilfe für die Wiedergesundung Europas ein notwendiges Mittel sei, um die Wirtschaft der betroffenen Länder zu unterstützen. Er betonte, daß die Übergangshilfe für die Wiedergesundung Europas ein notwendiges Mittel sei, um die Wirtschaft der betroffenen Länder zu unterstützen.

Immer noch Palästina-Debatte in der UN

Großbritannien lehnt amerikanischen Kompromißvorschlag ab

New York, 10. Nov. (Dena-Reuter) Der politische Ausschuss befaßte sich am 7. d. Mts. mit dem bisher noch nicht angenommenen Mitgliedschaftsantrag der britischen Delegierte Hecht McNeil erklärte, Großbritannien werde den australischen Vorschlag, nachdem die UN-Vollversammlung Irland, Portugal, Transjordanien und Finnland als aufnahmefähig in die UN betrachtet und die Sicherheitsrat auffordern soll, die Anträge dieser Staaten neu zu überprüfen, bei der Höhe des Zeitraums von 18 Monaten, die pakistanischen Delegierten Zafrulla Kahn sollten sowohl die Vollversammlung als auch der Sicherheitsrat getrennt über Neuzulassungen entscheiden. Indien setzte sich für die Aufnahme aller Staaten ein, die nicht mehrwöchlich arbeiten oder der Internationalen Konferenz der Wirtschaftlichen Grundregeln unterstützen.

Der UN-Palästina-Teilungsausschuss erörterte am 8. d. Mts. die Frage, ob die Stadt Jerusalem geteilt werden solle. Der Viermächtearbeitsausschuss für die Teilung Palästinas bemühte sich, einen Kompromiß zwischen den sowjetischen und amerikanischen Plänen für die Durchföhrung der Teilung des Landes zustande zu bringen, ohne daß es zu einer Übereinstimmung kam.

Die Sowjetunion, Ägypten, Kuba, Schweden, Nicaragua, Kolumbien, China und Indien wurden in den Sondertreffen zurückgeführt. Die Sowjetunion lehnte die Vorschläge ab. Dagegen lehnte sie die Aufstellung der Verwaltungsgesellschaften für Vermögen ohne Erben ab, ebenso daß deren Sitz in Deutschland sein soll und sie deutscher Staatshoheit unterstehen. Auch mit der Bestimmung, daß die Gerichte bei Vermögen, die vor April 1938 den Besitzer wechselten, freizügiger Verfahren könnten, erklärte sich die Militärregierung nicht einverstanden.

Hierauf versagten alle drei Landgruppen des Parlamentarischen Rates dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung. In der parlamentarischen Landratsitzung stimmte Bayern mit „nein“. Ministerpräsident Stock von Hessen enthielt sich der Stimme, wobei er sagte, daß Hessen an dem Gesetz Interesse habe und es vom moralischen Standpunkt aus für richtig halte. Er sei aber nicht in der Lage, ohne Änderungen dem Gesetz zuzustimmen und er habe dies politisch für Deutschland für einen Fehler. Der württembergische Ministerpräsident, Dr. R. Maier, stimmte mit „nein“, nachdem das Kernstück der Abänderungsvorschläge nicht von der Militärregierung angenommen worden sei, ebenso Bremen. Der sächsisch-bayerische Ministerpräsident, Dr. Müller, brachte im Schlußwort als Vorsitzender zum Ausdruck, daß man die Rückstärkungsansprüche nach wie vor anerkenne, er wünsche aber eine einheitliche deutsche Regelung und befürchte, daß nunmehr große Schwierigkeiten auftreten. Er ist demnach damit zu rechnen, daß die Militärregierung ein Zonengesetz ohne deutsche Mitwirkung erläßt, wobei aber wahrscheinlich nicht der unabgeänderte deutsche Vorschlag gewählt werden wird, sondern der ebenfalls bereits vorliegende Gesetzentwurf der Militärregierung.

Kein deutsches Rückerstattungsgesetz

Dafür Inkraftsetzung des Gesetzes für die Militärregierung

Stuttgart, 10. Nov. (Hue-Eigenbericht.) Der Landerrat und der Parlamentarische Rat beschäftigten sich in zwei Sitzungen mit dem Rückerstattungsgesetz, welches die Rückgabe der noch vorhandenen und nicht ererbten Vermögenswerte vorsieht, die aus rassistischen, politischen, religiösen oder nationalen Gründen von den Nazis entzogen wurden. Da die Militärregierung die Abänderungsvorschläge des Landerrats als unannehmbar bezeichnete, konnte dem Gesetz von Landerrat nicht zugestimmt werden. Es wird deshalb ein Gesetz der Militärregierung erlassen werden.

Zu Beginn der Sitzung des Parlamentarischen Rates wurde der Bericht des Ausschusses über die gewünschten Abänderungsvorschläge berichtet, die hauptsächlich zum Ziele hatten, daß Vermögen nicht mehr vorhandener Familien nicht an eine, sondern an mehrere Rechtsorganisationen überzugehen und sich als volkswirtschaftlich gefährliche Kapitalzusammensetzung zu vermeiden. Außerdem wurde von den deutschen Stellen im Gesetz gewünscht, daß die Nachfolgersellschaften ihre Sitze in Deutschland unter deutscher Staatsaufsicht haben, ferner sollte die Entscheidung ausschließlich bei deutschen Gerichten bleiben. Für diese Gerichte wurde eine gewisse Freizügigkeit gewünscht, wenn die Übergabe der Vermögen vor dem 26. 4. 1938, dem Termin der Verordnung zur Erfassung jüdischer Werte, stattfand.

Die hessischen und württembergischen badischen Vertreter stimmten daraufhin dem Gesetzentwurf zu, trotzdem zum Ausdruck gebracht wurde, daß man es für gefährlich halte, das Gesetz nur als Zonengesetz zu erlassen. Die bayerische Landesgruppe des Parlamentarischen Rates lehnte jedoch ab, so daß die erforderliche Einstimmigkeit nicht zustande kam. In der anschließenden Landerratssitzung stimmte der stellv. bayerische Ministerpräsident, Dr. Müller, trotz schwerer Bedenken zu, da er durch das Gesetz einen Rechtswirrwarr fürchte, ebenso die hessischen und württembergischen Ministerpräsidenten. Ministerpräsident Stock (Hessen) ersuchte hierbei General Clay, die schwerwiegenden Bedenken des Landerrats zu prüfen, ebenso stimmte der Vertreter Bremens zu.

Generalsekretär Roßmann verlas am Nachmittag die Stellungnahme der Militärregierung, die verschiedene Punkte für unannehmbar erklärte. Die Militärregierung war zwar mit den deutschen Wünschen der unabhängigen Entscheidung der deutschen Gerichte einig, ebenso damit, daß keine steuerliche Bevorzugung der

Die Feiern in Moskau

Moskau, 10. Nov. (Dena) In der Sowjetunion, insbesondere in Moskau, wurde am 8. d. Mts. der 30. Jahrestag der russischen Oktober-Revolution gefeiert. Der kürzlich in den Marschallrängen erhabene Minister für die bewaffneten Streitkräfte, Nikolai Bulganin, erklärte in einem Tagesbefehl, die „westlichen Kriegshetzer“ könne man vergleichen mit den ehemaligen deutschen und japanischen Imperialisten. Er forderte die Sowjetsoldaten auf, dauernd auf der Wacht zu sein.

„Sonnenlauf von Ost nach West“

Berlin, 10. Nov. (Dena) In einer SED-Feierstunde anlässlich des 30. Jahrestages der russischen Oktober-Revolution erklärte der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, am 7. d. Mts. vor gegen die Sowjetunion sei. Letztlich sei Hitler, wie Hitler gefallen sei. Der „Siegeslauf der marxistisch-leninistischen Idee“ sei „genau so unaufhaltsam wie der Sonnenlauf von Ost nach West“. Das kommunistische Rußland sei heute kein Experiment mehr, sondern die „erste Realität“ in dem sich abzeichnenden „Jahrhundert Lenins“.

Kurz beleuchtet

Der Bericht des von dem US-Handelsminister Harriman geleiteten Ausschusses für den „Marshall-Plan“, ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Abgesehen von der herabsetzenden Feststellung, daß die USA sehr wohl in der Lage wären, ohne Schädigung des eigenen Inlandmarkts die von den 16 westeuropäischen Staaten erbetenen Kredite zu gewähren, sind zwei Hinweise von Interesse. Der eine geht Deutschland, der andere den Kommunisten an; beide sind in einer Hinsicht miteinander verbunden. Einmal wird die Wichtigkeit Deutschlands derart betont, daß wir darüber eitel werden könnten, wenn wir uns nicht rechtzeitig und sehr eindeutig der Verantwortung bewußt hätten, die wir damit zu übernehmen haben. Dann aber wird sehr scharf, wird von der „bewußten Sabotage durch die Kommunisten“ gesprochen, „die in der Fortdauer von Elend und Chaos die größte Chance auf ihren schließlichen Sieg sehen.“ Dies ist ein Zitat, und es bleibt vorderhand jedem Deutschen überlassen, sich diesen amerikanischen Standpunkt zu eigen zu machen oder nicht. Der Stillstand der Londoner Vorbesprechungen aber weist darauf hin, daß wir uns nicht zu langer Zeit zu entscheiden haben werden, auf welcher Seite wir stehen wollen. H. B.

Interzonenkonferenz der Parteien

Berlin, 10. Nov. (Dena) Eine Konferenz von etwa 20 führenden deutschen Persönlichkeiten aller Zonen und aller Parteien richtungsfund fand am 9. d. Mts. in Wannsee statt. Die Konferenz, die von dem Berliner Bürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg (CDU) angeregt worden war und auch geleitet wurde, war der Erörterung gesamtdeutscher Fragen im Hinblick auf die Londoner Konferenz gewidmet. Vermutlich wird dabei die Bildung einer „nationalen Repräsentation“ besprochen.

Zu der Tagung war u. a. der ehemalige württembergisch-badische Kultusminister Dr. Theodor Heuß (FDP) erschienen.

Ein „alte Herren-Treffen“ ehemaliger Politiker und Diplomaten aus der kaiserlichen und Weimarer Zeit“ bezeichnete der Vorsitzende des SPD-Landesverbandes Berlin, Franz Neumann, die Besprechungen. Die Teilnehmer, die Besprechungen aus allen vier Zonen unter Leitung des Berliner Bürgermeisters Dr. Ferdinand Friedensburg. Die SPD sehe in der Zusammensetzung dieses Gremiums nicht das Sprachrohr deutscher Interessen.

Die Vertreter der demokratischen Parteien der westlichen Zonen haben sich nach Mitteilung der DVP Württemberg-Baden am Sonntag auf der von dem Berliner Bürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg einberufenen Interzonenkonferenz gegen die Teilnahme an einer deutschen Repräsentation durch die Parteiführer entschieden.

De Gaulle strebt nach Atlantikzone

Paris, 10. Nov. (Dena-INS) Jacques Soustelle, Generalsekretär der gaullistischen „Französischen Volkspartei“, erklärte hier am Samstag einem INS-Korrespondenten, General de Gaulle sei nach einer Übernahme der Regierungsgewalt in Frankreich bereit, ein Sonderabkommen mit den Vereinigten Staaten zu schließen, um die Interessen der westlichen Demokratien zu sichern.

General de Gaulle strebe danach, eine „Atlantikzone“ zu schaffen, die sich so weit wie möglich nach Osten erstrecken soll.

Arab. Truppenzusammenziehung

Bagdad, 10. Nov. (Dena-Reuter) Der Generalsekretär der arabischen Liga, Abdul Rahman Azzam Pascha, gab hier am Sonntag die Zusammenziehung syrischer, libanesischer, ägyptischer und transjordanischer Truppen an den Grenzen Palästinas bekannt und erklärte, diese Maßnahme sei lediglich getroffen worden, um Palästina im Falle der Zurückziehung der britischen Truppen vor einer zionistischen Aggression zu schützen.

Eine neue republikanische Armee in Indonesien gebildet

Batavia, 10. Nov. (Dena-INS) Eine neue republikanische Armee ist, wie der Rundfunksender der indonesischen Republik am 8. November aus Jogjakarta meldet, unter dem Namen „revolutionäre indonesische Volksarmee“ gebildet worden.

NEUESTE NACHRICHTEN

Die Russen und London

Von Malcolm Hobbs
Washington. (ONA) Unter dem Eindruck hartnäckiger Gerüchte, daß die Russen die Londoner Konferenz benutzen werden, um die deutsche Frage zu entscheiden, hat sich das amerikanische Außenministerium eilig daran gemacht, seine Vorbereitungen für die Konferenz zu überprüfern.

Vorher hatten die zuständigen amerikanischen Stellen die für den 25. November in London angesetzte Sitzung mit ziemlicher Gleichgültigkeit behandelt, weil sie annahmen, daß ja doch die britischen Vertreter dabei herauskommen würden. Jetzt werden in aller Eile alle möglicherweise von den Russen geplanten Schachzüge analysiert und Gegenzüge vorbereitet.

Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß die Russen, wie schon früher berichtet, die völlige und sofortige Zurückziehung aller Truppen aus Deutschland und die Einsetzung einer Zentralregierung nach dem Abzug der Besatzungstruppen der Großen Vier vorschlagen werden. Die zuständigen Stellen leugnen keineswegs, daß ein solcher Vorschlag ihnen sehr unangenehm sein würde; denn wenn Amerika in die Zurückziehung der Truppen nicht einwilligt, wird das zweifelslos von den Russen propagandistisch ausgewertet werden.

Im Außenministerium ist man sich völlig darüber klar, welche Vorteile die Russen in der Truppenfrage haben. Sollten wirklich alle Truppen zurückgezogen werden, hätten die sowjetischen Kräfte viel leichteren Zugang nach Deutschland als die britischen oder amerikanischen Streitkräfte.

Man nimmt an, daß die Vereinigten Staaten im Falle derartiger russischer Vorschläge in London eine Defensivstellung beziehen werden, die etwa ihrer Haltung in der Korea-Frage entsprechen dürfte.

Die Sowjets schlugen am 28. September plötzlich die gemeinsame Besetzung Koreas durch die USA und die Sowjetunion auf und man sollte den Koreanern überlassen, ihre eigenen Probleme allein zu lösen. Das ist die Taktik, die, wie es heißt, die Russen bei der Londoner Konferenz auch auf Deutschland anwenden wollen.

Der amerikanische Gegenzug in der Korea-Frage erfolgte am 17. Oktober in Lake Success. An diesem Tage legte die amerikanische Delegation den Vereinten Nationen eine Resolution vor, in der vorgeschlagen wurde, daß unter Aufsicht der Vereinten Nationen in Korea Wahlen abgehalten werden sollten, bevor die russischen und amerikanischen Truppen zurückgezogen werden. Der USA-Vorschlag schränkte somit den sowjetischen Plan für die sofortige Zurückziehung ein, ohne sich dem Prinzip der Zurückziehung zu widersetzen.

Es kann angenommen werden, daß die Vereinigten Staaten eine ähnliche Haltung bezüglich der Truppenzurücknahme aus dem Reich einnehmen werden, falls die Russen in London einen solchen Vorschlag machen sollten. Die Amerikaner halten an der Ansicht fest, daß jede Wahl für eine deutsche Zentralregierung überwacht werden müsse, und daß eine richtige Überwachung nur in Gegenwart von Truppen möglich sei. Die Vereinten Staaten und Großbritannien haben diesen Standpunkt schon im Falle Griechenlands vertreten, wo die Nachkriegswahlen unter internationaler Überwachung und in Gegenwart britischer Truppen stattfanden.

(Copyright Overseas News Agency)

Gedanken zur Gemeindefwahl

Von Abgeordneten F. Heurich
Bald sind es zwei Jahre her, seitdem wir nach der deutschen Katastrophe erstmals wieder an die Wahlen traten. Es waren die Gemeindefwahlen im Januar 1946. Am 7. Dezember 1947 sind wir abermals zu Gemeindefwahlen aufgerufen. Die Gemeindefräher Bürgermeistereien und Landräte sollen nach zweijähriger Amtszeit die Übergangsperiode abschließen, sich dem Wahlrecht des Volkes stellen, um dann den neuen, gesetzlich festgelegten Wahlturnus von 6 bzw. 3 Jahren einzuleiten.

Wir wissen recht gut, daß nicht alle Verantwortlichen die 3jährige Amtszeit mit dem Erfolg abschließen, den das Vertrauen der Wähler erwartet hatte. Wir wissen aber auch, daß der weitaus größte Teil sich der beispiellosen Schwere der Aufgabe gewachsen gezeigt hat, und ein nicht geringer Teil, vor allem unserer Bürgermeister, in vorbildlicher, selbstloser Pflichterfüllung bis an die Grenze physischer Leistungskraft sich verausgabten. Die Entscheidung über die Zusammensetzung der Städte- und Gemeindefparlamente und die Leitung derselben ist nun erneut in die Hand des Wählers gelegt.

Die Wahlen stehen nicht unter einem glücklichen und ermutigenden politischen Stern. Sicher war die Not im Januar 1946 kaum geringer als heute, und zwei Jahre deutscher Verwaltungstätigkeit haben nicht bloß ein unerschütterliches bürokratisches Gerüst hinterlassen, sondern auch wieder ein gewisses Maß staatlicher Autorität, Ordnung und Rechtssicherheit geschaffen. Ein Volk aber lebt in Elendzeiten nicht nur von einem hungelnden funktionierenden Verteilerapparat, zur Fristung eines fast durchweg unter dem Existenzminimum liegenden Lebenschnitts, sondern es bedarf in wachsender Not wachsender Widerstands- und Durchhaltetkräfte. Diese werden von der Hoffnung genährt. Von der Hoffnung auf bessere und menschenwürdigere Zeiten. Die letzten Gemeindefwahlen standen noch im Zeichen dieser Hoffnung. Die hinter uns liegenden zwei Jahre haben die Hoffnungsfreudigkeit des deutschen Volkes aber auf eine allzu harte Probe gestellt.

In einem Land, das fremde Mächte besetzt halten, das keinen eigenen Gesamtstaat, keine Reichsregierung und nicht einmal feste Grenzen kennt, ja noch nicht einmal einen Friedensvertrag hat, und das dadurch eine weltpolitische Bedeutung nur im passiven Sinn des Objekts hat, ist die innere Entwicklung von außenpolitischen Geschehnissen nicht zu lösen. Das deutsche Volk weiß das. Und deshalb ist die bange Sorge, aber auch das unverhohlene Mißtrauen bis zu einem gewissen Grade verständlich, mit dem es die politische Weltentwicklung betrachtet.

Die Novemberkonferenz der Großmächte in London berechtigt zu festen, allen großen Hoffnungen. Die große Zweiteilung Deutschlands, längst auf dem Weg von der bloßen Möglichkeit zur Verwirklichung, wird sich in London besiegelt werden.

Es ist der Wunsch und der politische Wille der Mehrheit des Volkes, Ausgleich, Verbindung und Brücke zwischen Ost und West zu sein, mächtig genug, um die Zerfleißung Deutschlands zu verhindern? Unsere Vermittlerfähigkeit wird niemandem gewünscht. Wir sind mit innerpolitischen Konzessionen keine außenpolitischen Erfolge erkaufen. Zwar verdeutlichen sich die inneren seelisch-geistigen, wie auch äußeren politischen Bezogenheiten der Menschen und Völker zunehmend, und es wird keinem Volke am wenigsten dem deutschen gestattet sein, ohne diese Gemeinschaftsbezogenheit Politik zu machen. Das wird aber nicht ausschließen, daß wir unsere innerdeutschen politischen und sozialen Probleme zunächst aus eigenen geistigen Beständen meistern müssen. Darauf müssen wir uns künftig einrichten und es auch von allen denen verlangen, die eine politische Führerschaft einzunehmen wünschen. Diese Eigengesetzlichkeit des deutschen Willens, der deutschen Einrichtungen und Ideen, aus einer langen Tradition gewachsen und sicherlich nicht immer frei von Irrtümern, aber doch bedeutsam genug, um auch in der heutigen deutschen Situation nicht ohne Gewicht zu sein, sollten auch die Besatzungsmächte wahrnehmen und achten. Es hat nicht immer den Anschein, als ob diese würden, daß deutsches Wesen, das wahrhaftig nicht nur Nationalsozialismus und Militarismus gezeugt hat, doch schwerer wiegt als die geistigen und politischen Importprogrammen so einfach abgelöst werden könnte. Deutschland ringt um seine innere Gestalt und es wird den Weg dazu sich selbst suchen müssen.

Daß dieser Weg nach keiner anderen Richtung verlaufen kann, als nach der in der auch die Straße der anderen Völker läuft, ist jedem einsichtigen Deutschen klar. Die Welt sollte den deutschen Willen, wieder zu Ansehen und Achtung, und zu einer bescheidenen, aber nicht minder würdevollen, Stellung kommen, würdigen und politische Spekulationen mit dem Elend eines Volkes, auch eines Volkes, das Unrecht tat, verachten.

Von Jakob Kaiser stammt das Wort von der Synthese als deutsche Aufgabe. Dieses Wort hat nicht nur Berechtigung im Blick auf die weltpolitische Kräftegruppierung. Es hat gleichwohl Geltung für die inneren politisch-geistigen Auseinandersetzungen unserer Tage. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung entwickelt aus schrankenlosem Individualismus und oft aus Profitgier, hat in unserem Zeitalter ihre Daseinsberechtigung nicht mehr. Das Heilmittel liegt nicht im Kollektivismus mit seinen ungeheuren sozialen Verwerfungen, sondern in der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Erneuerung. Der Verfasser einer Schrift des schweizerischen Metallarbeiterverbandes hat nur allzu recht, wenn er vor der kollektivistischen Tendenz unserer Zeit mit folgenden Worten warnt: „Zu spät würde man dann erkennen, daß die Warnrufe vor der fortschreitenden Verstaatlichung und behördlichen Machtausweitung, die das Ende der Demokratie befeuern, keine liberalistischen Schreckgespenster gewesen sind, sondern auf einer ernsthaften und gründlichen Erforschung der sozialen Zusammenhänge beruhen.“ Die wahre Lösung liegt im Ausgleich. In einer Daseinsgestaltung, die soziale Gerechtigkeit und persönliche Freiheit verbindet. In diesem Sinne ist die Neufindung einer Gesellschaftsordnung, in der die Würde einer geordneten und gegliederten Gemeinschaft gleichermaßen verankert sind, wie die Würde und Freiheit der Person, fest Weg und Ziel.

Niemand weiß genau, wie viele Menschen an den Kampffronten in Nordchina und der Mandchurie kämpfen. Schätzungen der Kampfkraft der Nationalisten und Kuomintang variieren zwischen 2 1/2 bis 5 Millionen Mann einschließlich der Divisionen, die während des zweiten Weltkrieges von den Amerikanern unterrichtet und ausgerüstet worden sind. Die kommunistische Armee setzt sich aus 1 000 000 bis 2 Millionen regulären, Guerilla- und Partisanentruppen zusammen, von denen die Hälfte mit japanischen Waffen und Munition ausgerüstet sind.

Wer sind die militärischen Führer in diesem Riesenbürgerkrieg, der, was Zahlen anbelangt, jeden anderen Bürgerkrieg in der Geschichte der Menschheit übertrifft? Die meisten der führenden nationalstaatlichen Generäle gehören zu den „Whampao-Kadetten“, ein Ausdruck, unter dem drei Armeekorps zu verstehen sind. General Ho Ying-chin, der frühere Stabschef, gegen die Kommunisten eine besonders bittere Propaganda treiben, ist verbunden mit der ersten und mächtigsten, der „Kweichow-Klique“. Von ihm wird erzählt, daß er einst Chiang Kai-shek versprochen habe, daß die Kommunisten innerhalb von sechs Monaten vernichtet würde.

Die „Kwangsi-Klique“ wird von General Pai Chung-hsi, dem Minister der nationalen Verteidigung, und dem General Li Tsung-jen für die Quartiermeister der Generalstabs in Peking, geführt. Die „Foching-

Klique“, genannt nach der Militärakademie, auf der der Generalissimus studierte, steht in Verbindung mit General Chen Cheng, einer der am meisten ausgezeichneten Generale der Armee.

Während die chinesische nationalstaatliche Armee weder einen Eisenhauer noch einen Montgomery hat, besitzt sie eine Anzahl fähiger Truppenführer, sowohl Taktiker wie Strategen. Der vielseitigste ist wahrscheinlich General Pai Chung-hsi, der die 13. Armee zehn Jahre nach seiner Absolvierung der Foching-Militärakademie im Jahre 1916 führte. Er ist ein Mann von guten Manieren und zurückhaltender Sprechweise, der mehr wie ein Professor als ein erfolgreicher Kommandeur aussieht und ein Mäzen und guter Mohammedaner ist.

Sitzung des südbadischen Landtages

Notprogramm zur Sicherung von 1530 Kal. und Regelmäßigkeit der Versorgung

Freiburg, 10. Nov. (Wi-Eigenbericht) Der Badische Landtag trat am 6. Nov. in Freiburg zusammen. Nachdem eine Regierungsvorlage — Gesetz über die Dienststrafen der als polizeiliche Wachmannschaften Angestellten — angenommen war, beschäftigte sich das Haus mit einer großen Anzahl von Anträgen der Parteien. In der Debatte darüber wurde wiederholt betont, daß eine Regelung der betreffenden Materie durch ein einheitliches Gesetz für alle deutschen Staaten wünschenswert sei und bedauert, daß unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen nur eine einseitige Regelung erfolgen könne, wenn man nicht überhaupt darauf verzichten wolle, die fraglichen Angelegenheiten voranzutreiben. In einem Falle wurde angeregt, sich mit den anderen Ländern der französischen Zone in Verbindung zu setzen, um eine gemeinsame, eine über ein stimmende gesetzliche Form zu erreichen.

Der sozialdemokratische Antrag, die Regierung zu ersuchen, bald einen Gesetzentwurf über die Wiedergutmachung an den Opfern des Nationalsozialismus vorzulegen, rief eine lebhaft debattierte Vorrede in der Landtagssitzung hervor. Der Vorsitzende des Ausschusses für den Beschluß interessierten, für abgegebene Landwirte ein Punktsystem einzuführen, das ihnen die Möglichkeit gibt, Industriearbeit und gewisse Mangelware zu erwerben. Der Wirtschaftsminister hat sich dahin geäußert, daß die Regierung in Deutschland, sobald ein bekannter Wirtschaftsplan, dessen Genehmigung noch aussteht, durchgeführt werden kann. Als Maßstab soll der Wert eines Doppelzentners Weizen gelten, dem die Wertpunkte der übrigen Produkte angepaßt werden sollen.

Nicht Drosselung, nur Abgabesperrung für eingeführtes Fett

Berlin, 10. Nov. (Dena) Nicht eine Drosselung der Fetteinfuhr, sondern eine vorläufige Abgabesperrung für eingeführtes Fett sei bis zur wirksamen Erfassung der einheimischen Fetterzeugung in der Fetteinfuhr zu beschränken, erklärte der geschäftsführende Direktor der Ömang-Ernährungs- und Landwirtschaftsabteilung, Mr. R. A. Ioanes, hier am Freitag. Die amerikanische Militärregierung müsse darauf bestehen, daß ein völlig neues Kontrollsystem zur Erfassung der Fetteinfuhr der Bizone ausgearbeitet werden könne. Deutschland ringt um seine innere Gestalt und es wird den Weg dazu sich selbst suchen müssen.

Der amerikanische Militärregierung für Deutschland ist zu diesem Zweck ein erstes Abkommen über einen Betrag von 200 Millionen Dollar angeteilt worden. Im Rahmen dieses Abkommens sind bereits Verträge über Lieferung von Textilwaren und Schuhen im Werte von fast 200 Mill. Dollar abgeschlossen worden. Die Verwaltung für Wirtschaft in Würtemberg-Baden wird sich bemühen, die Bevölkerung noch vor Eintritt des Frostes versorgt werden kann. Um zu verhindern, daß diese wertvollen Waren fehlgeleitet werden, oder dem schwarzen Markt zuzuführen, wird die Militärregierung veranlaßt, die Einfuhr von Textilwaren und Schuhen zu kontrollieren. Die grundsätzliche Verantwortung für die Durchführung dieses Millionen-Geschäftes liegt jedoch bei der Verwaltung für Wirtschaft.

Landesversammlung CDU Württemberg-Baden

ESlingen, 10. Nov. (Dena) Auf der CDU-Landes-Konferenz Württemberg-Baden, die am 9. November begann, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die amerikanische Militärregierung für die Württemberg-Bizone die Zeitungslicenzen zu überprüfen, um eine der Größe der Parteien entsprechende Verteilung zu gewährleisten. In einer weiteren Entscheidung gibt die Landesversammlung der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sei, die amerikanische Militärministerkonferenz gelingen möge, einen Kompromiß zwischen Ost und West herbeizuführen und damit die Grundlage zu einem dauernden Frieden in der Welt zu legen.

Unter dem Verdacht des Mordes an Rommel verhaftet
Berchtesgaden, 10. Nov. (Dena) Auf Antrag der hiesigen Spruchkammer wurde am 15. September der ehemalige Generalleutnant Ernst Maisele, gegen den Anzeige wegen Beihilfe zum Mord an dem ehemaligen Generalfeldmarschall Erwin Rommel erhoben wurde, verhaftet. Maisele ist in Berchtesgaden verhaftet.

Die chinesische nationalstaatliche Armee, die in der Provinz Szechuan, auf der Generalissimus studierte, steht in Verbindung mit General Chen Cheng, einer der am meisten ausgezeichneten Generale der Armee.

Der 30. Jahre alte gedrungene Fu Ruo-yl ist der stimmungswahlige General, der den Augenblick des ungewöhnlich mutigen Angriffs zum Entsatz von Tating, der von den Kommunisten belagerten Stadt in Nordchina, benutzte, um Kalgen einzunehmen. Seine Belohnung: die Stelle eines Gouverneurs von Chahar.

Die kommunistischen Generäle sind eine noch vielfarbiger zusammengesetzte Gruppe von Menschen. Die Japaner würden mit Freuden einige Abteilungen von Sturmtruppen geopfert haben, um dafür einen solchen narbenbedeckten roten Kommandeur wie Lin Piao, Nieh Yung-chin oder Yeh Chien-ying einzutauschen. Mao Tse-tung und Chu Teh, besonders verantwortliche für die Quartiermeister der Generalstabs, die 800 000 chinesischen Partisanen

Die Aussprache über das traurige Schicksal aus ihrer Stadt ausgeschlossen und von ihrem Besitz getrennten Bewohner von Kehl führte dazu, nicht nur den Landkreis Kehl, sondern auch Breisach und alle Orte zu Notstandsgebieten zu erklären, deren Kriegsschaden 80 Prozent überschreiten. In diesen Gebieten sollen entsprechende Bauprogramme und bevorzugte Lieferungen von Lebensmitteln, Kleidung und Hausmitteln durchgeführt werden. Gleichfalls von der sozialdemokratischen Fraktion ging der Antrag aus, die Füsorsge für Flüchtlinge und Totalausgebombte durch ein besonderes Gesetz zu regeln, das eine Vorleistung auf eine gesamtdeutsche Lösung dieser Frage erröchen soll. Mao Tse-tung bei dieser Gelegenheit, daß die badische Regierung Mittel für diesen Zweck bereits früher in den Haushaltsplan eingesetzt hätte, diesen Posten aber zu höhere Anordnung wieder absetzen mußte.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des zweiten Sitzungstages stand der von allen Parteien gestellte Antrag über notwendige Maßnahmen zur Linderung der Ernährungsnot. Nicht durch negative Kritik, sondern durch die Vorlage eines Notprogramms, das die Verabgung von 1530 Kalorien und die Regelmäßigkeit der Versorgung sichern würde, begründete Abg. Maier (SPD) in seiner ruhigen und jeder Propaganda abholden Art den Antrag.

Wirtschaftsverwaltung berät über Verwendung der von der US-Armee übernommenen Waren

Frankfurt, 10. Nov. (Dena) Über die Verwendung der von der US-Armee übernommenen Warenbestände fand hier bei der Verwaltung für Wirtschaft unter dem Vorsitz von Direktor Dr. Johannes Semler eine Besprechung statt. Daran nahmen Vertreter der amerikanischen Militärregierung, des Wirtschaftsministeriums, der Länder der Bizone, des britischen und amerikanischen Sektors von Berlin sowie der „Staatlichen Erlassungsgesellschaft für öffentliches Gut (Steg)“ und der Waren-Treuhand AG teil.

Wie Direktor Semler bereits vor einigen Tagen bekanntgemacht hat, handelt es sich bei dieser Transaktion um das erste große Auslandsgeschäft der Nachkriegszeit. Mit der amerikanischen Militärregierung für Deutschland ist zu diesem Zweck ein erstes Abkommen über einen Betrag von 200 Millionen Dollar angeteilt worden. Im Rahmen dieses Abkommens sind bereits Verträge über Lieferung von Textilwaren und Schuhen im Werte von fast 200 Mill. Dollar abgeschlossen worden. Die Verwaltung für Wirtschaft in Würtemberg-Baden wird sich bemühen, die Bevölkerung noch vor Eintritt des Frostes versorgt werden kann.

Interessantes in Kürze

Deutsche Erdnüsse und deutscher Kaffee. Ein Kampf gegen die Fetteinfuhr aus den USA, die die deutsche Wirtschaft aus Geldern aus USA-Erdnüsse schickten und pflanzte sie wie Bohnen an. Bei der Heimkehr wird diese kuriose Klage betätigt, worauf das Kind aufsteht und den Eltern die Türe öffnet.

Kriegsgefangene in Polen
Arnold Albert, geboren 7. 4. 1923; Arndt Albert, 27. 8. 1937; Arndt Alfred, 19. 5. 1902; Arndt Alfred, 11. 11. 1925; Arndt Alfred, 21. 11. 1908; Barhan Walter, 19. 12. 1928; Barhan Ewald, 7. 9. 1907; Czichowski Wilhelm, 18. 5. 1941; Cichy Georg, 24. 11. 1915; Cichy Georg, 7. 8. 1923; Cichy Georg, 18. 1. 1938; Deckholt Martin, 22. 3. 1906; Deckholt Georg, 21. 4. 1903; Dekuy Willi, 2. 8. 1898; Dela Chaux, 6. 12. 1927; Ehrlich Jan, 5. 10. 1927; Ehrlich Otto, 3. 1909; Ehrlich Peter, 25. 8. 1903; Ehrlich Rudolf, 30. 8. 1903; Ehrlich Rudolf, 22. 3. 1927; Feitsch Bruno, 8. 1. 1909; Feit Raimund, 24. 8. 1918; Fender Erwin, 14. 3. 1928; Fender Robert, 22. 3. 1913; (Fortsetzung folgt.)

kommen; sonst wird er sich möglicherweise zu einem längeren Krieg ausweiten.“ Die Abneigung gegen die amerikanische Politik ist in allen kommunistischen Gebieten sehr groß. Yenan wandte sich an die UN-Versammlung und verlangte von Amerika den Abzug aller bewaffneten Streitkräfte aus China. Aufhören jeder militärischen und finanziellen Hilfe in Chiang Kai-shek's Regime des Betrugs, der Diktatur und des Bürgerkriegs, Einheit der Pacht- und Leihoperationen, Abzug der Gruppe der amerikanischen militärischen Ratgeber, die Chiang Kai-shek bei der Fortführung des Bürgerkriegs Hilfe leistet, den Ersatz chinesischer Verluste an Leben und Eigentum, verursacht durch Grausamkeiten amerikanischer Streitkräfte während des vergangenen Jahres.“

Neutrale Beobachter sehen nicht recht ein, wieso die Gegenwart einer einzigen Division amerikanischer Marinesoldaten in Nordchina mehr als einen sehr kleinen militärischen Faktor in der gegenwärtigen Situation darstellt. Allerdings wird zugegeben, daß ohne die anfängliche Unterstützung durch amerikanische Hilfe die nationalstaatliche Armee niemals ein so großes Stück von Nordchina oder der Mandchurie innerhalb derselben Zeit hätte zurückerobert können.

Es gibt keinen schlüssigen Beweis für irgend eine militärische oder materielle Hilfe von Seiten Rußlands an die chinesischen Kommunisten, die in der Tat jede Beziehungen zu Moskau ableugnen. Gleichzeit ist es ein offenes Geheimnis, daß die Sowjets die chinesischen Kommunisten in hohem Maße dadurch unterstützen, daß sie ihnen einen sicheren Rückzugsort bieten, die militärischen Nachschub überlassen, den die Japaner an Nordwesten weggenommen hatten.

Chinas eigentliche Krise ist wirtschaftlich. Der Lebensunterhalt der großen Bauernbevölkerung bewegt sich immer mehr an

Die späte Stunde

Unvereinbare Verpflichtungen
Die KPD Hessen hat, wie gemeldet, den Lizenzträger der „Frankfurter Rundschau“, Arno E. Uder, aus der KPD ausgeschlossen, weil er vertrieben habe, den Standpunkt der KPD in wichtigen Fragen zu vertreten. Rudert erklärt in der „F.R.“ vom 8. Nov., die Lizenz als Privatperson unterschrieben zu haben, sein Wiedereintritt in die KPD habe sich als ein Fehler erwiesen. „Die Pflichten eines Mitgliedes der KPD sind tatsächlich nicht vereinbar mit dem Verpfändung eines Lizenzträgers einer überparteilichen Zeitung“, sagt er und bemerkt, daß er gegen den Ausschluss keinen Einspruch erheben werde. Eine längere Erklärung, die den Kern der Sache enthält: daß der Lizenzträger einer überparteilichen Zeitung zur Objektivität, das Mitglied der KPD zur absoluten Vertretung des Parteistandpunktes verpflichtet ist. Für den unbefangenen Urteilenden wird der Ausschluss Ruderts aus seiner Partei sehr aufschlußreich sein.

Vier Tage täglich 11 000 Kalorien

Für Leiter der Landesernährungsämter
Reichenhall, 10. Nov. (Dena) Speisen im Nahrungswert von 11 000 Kalorien täglich sollen nach einem Bericht des „Südkurier“ vom Samstag am 40. Leiter der Ernährungsämter der amerikanischen, britischen und französischen Zone auf einer Tagung ausbezogen worden sein, die vom 24. bis 27. September in Ruhpolding stattfand.

Der Zusammenstellung nach verbrauchten 40 Teilnehmer der Tagung, unter denen sich die Leiter der Ernährungsämter, der Direktor für Ernährung und Landwirtschaft beim Wirtschaftsrat, Dr. Hans Schlange-Schöningen, befanden haben soll, in vier Tagen Lebensmittel im Werte von 1 700 000 Kalorien. Auf der Liste der gelieferten Lebensmittel sollen 1 500 Kilogramm amerikanisches Weizenmehl, zwei Zentner amerikanisches Weizenmehl, 20 Kilo Butter, Fleischkonserven und Wurst im Werte von 722 Mark, 25 Kilo Marmelade, 12 Kilo Trockenmilchpulver und 30 Kilo Zucker stehen.

Das freie Wort

Herr Heinz W. Gulden, Karlsruhe, Neuer Zirkel 3, schreibt uns: Immer wieder kann man aus ausländischen Zeitungen entnehmen, mit welchem Interesse die Welt unsere Anstrengungen beobachtet, ein neues und demokratisches Deutschland zu schaffen. Viele dieser Pressemitteilungen zeigen, daß man uns Vertrauen entgegenbringt. Wir fühlen uns durch dieses Vertrauen achlos enttäuscht. Ich glaube, das ist lebenswichtig ist, es zu rechtfertigen. Die politische Stabilität eines Landes ist die wichtigste Voraussetzung für den Aufbau. Sie muß sauber und würdig durchgeführt werden. Bei der am 25. 10. 1947 durchgeführten Wahl zum Bundestag ist es nicht angängig, daß der öffentliche Kläger in ausfallender und beleidigender Weise durch den Saal schreit — dazu noch teilweise sachlich falsche Dinge. Er dürfte nicht während der Sitzung in den Saal eintreten, in dem die Beisitzer das Urteil beraten. In einem rechtlichen Verfahren zieht sich nach den Plädoyers der öffentlichen Kläger und des Verteidigers bzw. des Betroffenen die Kammer zur Beratung zurück. Daß der öffentliche Kläger nochmals aufspringt und in heftiger Weise seine Anträge vorbrachte, wirkte auf mich wie ein Versuch der Beeinflussung. Im übrigen ist es eine Pöse, die Zeugen aus dem Saal zu schicken, wenn während der Verhandlung ein dauernder Personenverkehr zwischen dem Gerichtssaal und ihnen stattfindet.“

Kriegsgefangene in Polen

Arnold Albert, geboren 7. 4. 1923; Arndt Albert, 27. 8. 1937; Arndt Alfred, 19. 5. 1902; Arndt Alfred, 11. 11. 1925; Arndt Alfred, 21. 11. 1908; Barhan Walter, 19. 12. 1928; Barhan Ewald, 7. 9. 1907; Czichowski Wilhelm, 18. 5. 1941; Cichy Georg, 24. 11. 1915; Cichy Georg, 7. 8. 1923; Cichy Georg, 18. 1. 1938; Deckholt Martin, 22. 3. 1906; Deckholt Georg, 21. 4. 1903; Dekuy Willi, 2. 8. 1898; Dela Chaux, 6. 12. 1927; Ehrlich Jan, 5. 10. 1927; Ehrlich Otto, 3. 1909; Ehrlich Peter, 25. 8. 1903; Ehrlich Rudolf, 30. 8. 1903; Ehrlich Rudolf, 22. 3. 1927; Feitsch Bruno, 8. 1. 1909; Feit Raimund, 24. 8. 1918; Fender Erwin, 14. 3. 1928; Fender Robert, 22. 3. 1913; (Fortsetzung folgt.)

Der Gewerkschaftsbund protestiert

Stuttgart, 10. Nov. (Dena) In einem Bericht über Mängel in der Erzeugung, Erfassung und Verteilung von bewirtschafteten Waren, den die Gewerkschaftsbund des Württemberg-Baden am Freitag Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier überreichte, wird besonders die unzulässige Bestrafung der Schwarzhändler und die unzureichenden Maßnahmen gegen die Warenhortung scharf kritisiert.

Rand der Not. Die Produktion des Landes genügt nicht für den Unterhalt der Massen. Angesichts des Zwanges, eine überstarke Armee zu ernähren, erhebt die Regierung manchmal Forderungen, die 50 Prozent der Ernte gleichkommen. 30 Prozent der chinesischen Ernte werden in Form von 50 Prozent selbst Teilschick und 50 Prozent sind Alleinbesitz. Der kommunistische Standpunkt ist der, daß das Land dem Bauer gehört. Die Kommunisten führen ebenfalls durch Zwang eine Erhöhung des Pachtzins ein, um als Ergebnis der Agrarreformen, die von ihnen zur Erleichterung der Lebensführung der unterdrückten Bauern Chinas durchgeführt worden sind, haben die Kommunisten viele Sympathie und Unterstützung von Seiten Liberaler gewonnen, die keine Neigung zum Kommunismus sonst haben. Dasselbe kann von der Kuomintang kaum gesagt werden.

Nur wenige der Lehren, die innerhalb der letzten Jahrzehnte gelehrt worden sind, in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Die Kuomintang wiederholt immer noch die Versprechungen von vor 20 Jahren.

Chinas Regierung wird heute 70 Prozent ihres Einkommens für einen Krieg gegen die Chinesen in Anspruch nehmen. Die große Masse der chinesischen Bevölkerung ist müde und angeekelt sowohl von der Kuomintang als von den Kommunisten. Und außerdem gibt es noch Einflüsse von außerhalb, wie es ein ernstes Problem für die Zukunft darstellt. In der Weltpolitik wirkt ein schwaches desorganisiertes China wie ein Malstrom, der Rußland und die Vereinigten Staaten in Gegenwärtigen zieht, die eine schwere und mühsame Gefahr für die Weltstabilität darstellen. Ein China, das in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen, würde ein Bollwerk und eine Brücke zwischen amerikanischer und sowjetischer Macht sein.“ (Autorisiert von P. A. — Register Features Ltd., Ober, H. B.)

Stimme der Parteien

Die Stimme der Parteien erscheint unter Verantwortung der Redaktion.

SPD und Verwaltungsbürokratie

Nachstehend ein Auszug aus der Rede des SPD-Abgeordneten Alex Müller-Karlsruhe im südbadischen Landtag am 6. Nov. Die Debatte des Staatsratsbeschlusses vom 19. April 1947 um etwa 40 Proz. höher lag. Nun nimmt es nicht wunder, wenn die allgemeine Verwaltung heute den größten und zweitgrößten Wirtschaftszweig in den meisten Ländern darstellt, während sie früher eine sehr kleine war. Hier muß trotz Übernahme von manchen zeitbedingten neuen Aufgaben in der Verwaltung unbedingt eine Einsparung durchgeführt werden. Die Überweisung einer Reihe von Aufgaben und Kompetenzen von den mittleren an die zentralen Instanzen der einzelnen Länder, zum Teil auch die zonalen und bizonalen Verwaltungsorgane, ist inzwischen erfolgt. Es wäre eine lohnende Aufgabe, festzustellen, ob dieser Schrumpfung und Verlegung der Aufgaben zu den unteren Instanzen auch eine solche des Personalbestandes gefolgt ist. Ich habe einmal gewagt, im Parlamentarischen Rat dies dement zu veröffentlichen und der Aufassung Ausdruck zu geben, daß die Einrichtung des Wirtschaftsrats nun doch zu einer Reduzierung der Aufgaben im Landrat führen müsse. Darauf wurde aber ein großes Referat gehalten, in dem nachgewiesen worden ist, daß die Zahl der Beamten und des Personal gerade ausreicht, um die zugewiesenen Aufgaben vorbildlich erfüllen zu können.

Die Verantwortung über die künftige staatsrechtliche Form des Reiches mag nach Ansicht vieler der Erörterung von Reformplänen der Verwaltung heute entgegengehalten werden, daß die Reformen im Bereich der Verwaltung durch die Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Gemeindeverfassung mit den Reformbestrebungen erreichbar werden können. Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Reformen im Bereich der Verwaltung durch die Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Gemeindeverfassung mit den Reformbestrebungen erreichbar werden können. Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Reformen im Bereich der Verwaltung durch die Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Gemeindeverfassung mit den Reformbestrebungen erreichbar werden können.

Lassen Sie mich wenigstens ganz kurz drei Gesichtspunkte für diese Frage der Verwaltungsvereinfachung herausstellen: 1. Die Verwaltung ist ein Teil der Gesellschaft und nicht dem Staat. Sie soll den einzelnen Staatsbürgern helfen ihr Zusammenleben zu regeln und damit zu erleichtern, daß sie sich in der Gesellschaft bewegen können. In ähnlicher Weise wie sich der Betrieb zum Konzern und schließlich zum Monopollbetrieb entwickelt, so entwickeln sich die einzelnen Abteilungen der Verwaltung zu einer Verwaltungsbürokratie, die die Existenz der Bürger in der Verwaltung zu einem Zweck führt haben, und ich erinnere daran, daß das eine nicht ernst genug zu nehmende politische Hypothek wäre.

2. Die Verwaltungstätigkeit wird dort ihre Grenzen finden müssen, wo die zwingenden und berechtigten Interessen der Gesellschaft entgegensteht. Die Verwaltung ist ein Teil der Gesellschaft und nicht dem Staat. Sie soll den einzelnen Staatsbürgern helfen ihr Zusammenleben zu regeln und damit zu erleichtern, daß sie sich in der Gesellschaft bewegen können. In ähnlicher Weise wie sich der Betrieb zum Konzern und schließlich zum Monopollbetrieb entwickelt, so entwickeln sich die einzelnen Abteilungen der Verwaltung zu einer Verwaltungsbürokratie, die die Existenz der Bürger in der Verwaltung zu einem Zweck führt haben, und ich erinnere daran, daß das eine nicht ernst genug zu nehmende politische Hypothek wäre.

3. Auch für die Verwaltung muß das ökonomische Prinzip gelten. Es muß ein geordnetes Verhältnis zwischen Verwaltungskosten und Volkseinkommen bestehen. Die Verwaltung wieder hergestellt werden. Die Verwaltung ist nicht Selbstzweck des Staates, sondern ein Mittel zum Zweck. Die Verwaltung ist ein Teil der Gesellschaft und nicht dem Staat. Sie soll den einzelnen Staatsbürgern helfen ihr Zusammenleben zu regeln und damit zu erleichtern, daß sie sich in der Gesellschaft bewegen können. In ähnlicher Weise wie sich der Betrieb zum Konzern und schließlich zum Monopollbetrieb entwickelt, so entwickeln sich die einzelnen Abteilungen der Verwaltung zu einer Verwaltungsbürokratie, die die Existenz der Bürger in der Verwaltung zu einem Zweck führt haben, und ich erinnere daran, daß das eine nicht ernst genug zu nehmende politische Hypothek wäre.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Karlsruhe

Stuttgart, 10. Nov. (Dena) In einem Bericht über Mängel in der Erzeugung, Erfassung und Verteilung von bewirtschafteten Waren, den die Gewerkschaftsbund des Württemberg-Baden am Freitag Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier überreichte, wird besonders die unzulässige Bestrafung der Schwarzhändler und die unzureichenden Maßnahmen gegen die Warenhortung scharf kritisiert.

Rand der Not. Die Produktion des Landes genügt nicht für den Unterhalt der Massen. Angesichts des Zwanges, eine überstarke Armee zu ernähren, erhebt die Regierung manchmal Forderungen, die 50 Prozent der Ernte gleichkommen. 30 Prozent der chinesischen Ernte werden in Form von 50 Prozent selbst Teilschick und 50 Prozent sind Alleinbesitz. Der kommunistische Standpunkt ist der, daß das Land dem Bauer gehört. Die Kommunisten führen ebenfalls durch Zwang eine Erhöhung des Pachtzins ein, um als Ergebnis der Agrarreformen, die von ihnen zur Erleichterung der Lebensführung der unterdrückten Bauern Chinas durchgeführt worden sind, haben die Kommunisten viele Sympathie und Unterstützung von Seiten Liberaler gewonnen, die keine Neigung zum Kommunismus sonst haben. Dasselbe kann von der Kuomintang kaum gesagt werden.

Nur wenige der Lehren, die innerhalb der letzten Jahrzehnte gelehrt worden sind, in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Die Kuomintang wiederholt immer noch die Versprechungen von vor 20 Jahren.

Chinas Regierung wird heute 70 Prozent ihres Einkommens für einen Krieg gegen die Chinesen in Anspruch nehmen. Die große Masse der chinesischen Bevölkerung ist müde und angeekelt sowohl von der Kuomintang als von den Kommunisten. Und außerdem gibt es noch Einflüsse von außerhalb, wie es ein ernstes Problem für die Zukunft darstellt. In der Weltpolitik wirkt ein schwaches desorganisiertes China wie ein Malstrom, der Rußland und die Vereinigten Staaten in Gegenwärtigen zieht, die eine schwere und mühsame Gefahr für die Weltstabilität darstellen. Ein China, das in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen, würde ein Bollwerk und eine Brücke zwischen amerikanischer und sowjetischer Macht sein.“ (Autorisiert von P. A. — Register Features Ltd., Ober, H. B.)

Chinas eigentliche Krise ist wirtschaftlich. Der Lebensunterhalt der großen Bauernbevölkerung bewegt sich immer mehr an

